

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 170 (2004)
Heft: 4

Artikel: Sicherheits-/ausserpolitische Herausforderungen Russlands 2003/04
Autor: Kläy, Dieter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-69206>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheits-/ausserpolitische Herausforderungen Russlands 2003/04

Seit dem Zerfall der UdSSR im Jahre 1991 musste das Verteidigungssystem Russlands unter schwierigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen völlig neu aufgebaut werden. Gleichzeitig sind mehrere bewaffnete Konflikte aufgeflammt. Heute bilden innere Konflikte sowie Grenzkonflikte im Kaukasus und in Zentralasien, vor allem im afghanisch-tadschikischen Grenzraum wie auch Nationalismus, Separatismus, religiöser Extremismus, internationaler Terrorismus und der Drogenkrieg ein grosses Gefahrenpotenzial. Russland ist für den Westen zwar ein Partner geworden und stellt keine unmittelbare Bedrohung mehr dar, dennoch erweist sich die Integration in westliche und europäische Strukturen als schwieriger und langwieriger als angenommen. Russland hat sich historisch und politisch immer nach eigenen Gesetzen entwickelt und wird dies auch in den kommenden Jahren tun. Der folgende Beitrag soll eine Übersicht und eine Analyse über die wichtigsten aktuellen Sicherheits- und militärpolitischen Herausforderungen Russlands geben.¹

Dieter Kläy*

Vier Jahre nach seinem offiziellen Amtsantritt im Frühjahr 2000 kann der russische Präsident Wladimir Putin eine komfortable Mehrheit der Bevölkerung hinter sich wissen. Die Dumawahlen vom Dezember 2003 haben an Deutlichkeit nichts zu wünschen gelassen. Der russische Präsident sitzt fest im Sattel und kann sich mit «Einheitliches Russland» auf eine Zweidrittelmehrheit in der Grossen Kammer abstützen, die ihm gar eine Verfassungsänderung für eine dritte Präsidentschaft sicherstellen könnte. An seiner Wiederwahl als Präsident am 14. März 2004 zweifelt niemand. Mit der Entlassung des Premierministers Michail Kasjanow am 24. Februar 2004 hat Putin den letzten Vertreter der Jelzin-«Familie» entmachtet. Ebenfalls entlassen wurde das Kabinett, das jedoch vorderhand bis zur neuen Regierungsbildung noch im Amt bleibt. Kasjanows Nachfolger, Wiktor Christenko, gilt als Übergangspremier. Als neuer Regierungschef Russlands nominierte Putin am 1. März Michail Fradkow, ehemals Handelsminister und Chef der Steuerfahndung, zuletzt Russlands Vertreter bei der EU in Brüssel. Ein grundlegender Kurswechsel ist kaum zu erwarten. Die einzigen bedeutenden Kritiker Putins – die Kommunisten – haben eine empfindliche Schlappe einstecken müssen. Die abtretende Duma (1999–2003) hinterlässt eine beeindruckende Bilanz an marktwirtschaftlichen Reformen. Markante Veränderungen wurden im Fiskal- und Steuersystem vorgenommen. Die Privatisierung bzw. der Handel mit Grund und Boden sowie mit der Landwirtschaft wurde an die Hand genommen. Flexibilisierungen und Vereinfachungen gab es in den Arbeitsmarktre-

gelungen und stehen im Kapitalverkehr bevor. Der ausländische Wettbewerb ist verstärkt zugelassen worden. Die Bevölkerung erwartet vor allem Stabilität, akzeptiert im Alltag aber gewisse Grauzonen, in denen Korruption vorkommt. Demokratie hat für die Bevölkerung im Alltag wenig bis keine Bedeutung, sondern wird von der breiten Bevölkerung an der seit den Neunzigerjahren ablaufenden Privatisierung gemessen und kritisch beurteilt. Nach der anfänglich unstrukturierten Privatisierungswelle zu Beginn der Neunzigerjahre scheint der Übergang vom staatlichen in privates Eigentum in geordneten Bahnen zu verlaufen.

Innenpolitische Prüfsteine

Seit dem Finanzzusammenbruch im August 1998 erfährt die russische Wirtschaft eine kontinuierliche Erholung. 2002 war ein BSP-Wachstum von über 4% zu verzeichnen. Mit den in der öffentlichen Kritik stehenden Oligarchen hat Putin abgerechnet. Diese haben ihren Aufstieg der Insiderprivatisierung nach dem Zusammenbruch der UdSSR zu verdanken und spielten während der Präsidentschaft von Boris Jelzin (1991–1999) wirtschaftlich und politisch eine bedeutende Rolle. Jelzin hat sie sich 1996 zu Gehilfen seiner Wiederwahl gemacht. Dafür bekamen sie Mehrheitsanteile an Staatsbetrieben zu einem reduzierten Preis. Putin hat sich rasch vom ehemaligen Jelzin-Clan im Kreml emanzipiert, was den Niedergang der Oligarchen einleitete. Die seit Sommer 2003 schwelende Affäre um den sibirischen Ölkonzern Yukos und seinen verhafteten Ex-Chef Michail Chodorkowskij, den reichsten Mann Russlands, hat die Gemüter bewegt. Offen hat Chodorkowskij nie nach der Macht gegriffen.² Er hat aber in den letzten Monaten am «Einheitlichen Russland» und Putin vorbei liberale Parteien und die

Kommunisten finanziell unterstützt und damit versucht, in der Duma ein Gegengewicht zum Kreml zu schaffen, was gründlich misslungen ist. Zudem wollte Chodorkowskij mit dem amerikanischen Ölkonzern Exxon Mobil ins Geschäft kommen um mit ihm über den Verkauf eines grossen Anteils von Yukos zu verhandeln, was den Kreml aufgerüttelt und in Angst versetzt hat. Der Kreml befürchtete, der russische Energiesektor könnte in Abhängigkeit von den Partnern in Übersee geraten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, den russischen Staat um mehr als eine Milliarde Franken betrogen zu haben. Dieses Vorgehen hat die russische Wirtschaft schwer getroffen und wird eine weitere Welle von Kapitalflucht von Milliarden Dollars ins Ausland zur Folge haben.³

Allein zwischen 1994 und heute sind im Raum der ehemaligen Sowjetunion mehrere bewaffnete Konflikte aufgeflammt, wovon die beiden Kriege in Tschetschenien (1994–1996 und seit 1999) die für

Seit dem Zerfall der UdSSR im Jahre 1991 musste das Verteidigungssystem Russlands unter schwierigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen völlig neu aufgebaut werden.

Russland verheerendsten seit dem Afghanistan Debakel (1979–1989) sind. Putin beschwört, mit Hilfe der Armee den Zerfall Russlands aufzuhalten und die «Stützpunkte und Gruppen des internationalen Terrorismus» auszuschalten. In den letzten Jahren haben die Terroranschläge zugenommen. 2002/2003 erschütterte eine neue Terrorwelle Russland. Im Sommer und im Dezember 2003 sind mehrere Bombenanschläge verübt worden, von denen eine gemeinsame Handschrift vermutet wird. Zur Verteidigung der nationalen Sicherheit will Russland verstärkt den Terrorismus und die organisierte Kriminalität bekämpfen.⁴ Nach eigenen Angaben kämpft der Kreml in Tschetschenien gegen den Terrorismus. Die bewaffneten Ausein-

¹Wichtige Sicherheits- und ausserpolitische Dokumente können über die Webpage des Sicherheitsrates der Russischen Föderation heruntergeladen werden www.scf.gov.ru

²Wostok, Nr. 4, 2003, S. 9.

³Wostok, Nr. 4, 2003, S. 10.

⁴Der Terrorismus wird in einer Reihe von offiziellen Dokumenten auf Webpages verschiedener Ministerien und Organe thematisiert, so im Verteidigungsministerium (www.mil.ru), im Sicherheitsrat (www.scf.gov.ru), Aussenministerium (www.mid.ru), Innenministerium (www.mvdinform.ru).

*Dr. phil. Dieter Kläy, Executive MBA HSG; Major, Führungsstab der Armee; Mitglied des IISS, International Institute for Strategic Studies, London.

andersetungen in Tschetschenien sind noch aus einem anderen Grund von Bedeutung. Das Auseinanderfallen Russlands soll verhindert werden. Ein Präzedenzfall darf in der Kaukasusrepublik nicht geschaffen werden. Es geht nicht nur um den Verbleib der aus Moskau finanziell unterstützten Region in der Föderation, sondern um den Erhalt der russischen Integrität. Abgesehen vom Tschetschenienkonflikt, den Terroranschlägen und den Auseinandersetzungen mit den Oligarchen hat Russland innenpolitisch in den letzten Monaten kaum mehr Schlagzeilen geliefert. Akzentuiert hat sich die soziale Frage. Die Sozialkosten des Staates steigen unaufhörlich. Für 2004 rechnet die Vizepremierministerin für Soziale Fragen Galina Karelowa mit einem Wachstum von 20%.⁵ Die Schlagzeilen um die organisierte Kriminalität sind zwar zurückgegangen, doch Russland und seine Nachbarn der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) sind als Region mit hohem Bedrohungspotenzial bezüglich Wirtschafts- und organisierter Kriminalität anzusehen. Präsident Putin hat sich innenpolitisch dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität verschrieben. Noch immer kontrollieren und umkämpfen kriminelle Organisationen weite Bereiche der Wirtschaft, vor allem den Rohstoff- und Energiesektor. Zudem dürfte der Trend weiter in Richtung Infiltration krimineller Organisationen in Wirtschaft und Verwaltung und damit in die Vermischung von politischen und kriminellen Motiven gehen.

Neue Rolle im Kampf Russlands gegen den Terrorismus

Umso mehr steht Russland aussen- und sicherheitspolitisch vor grossen Herausforderungen. 2003 ist deutlich geworden, dass der Krieg gegen den Terrorismus international noch lange nicht gewonnen ist. Er wird auf absehbare Zeit eine der grössten Herausforderungen für die westliche und alle entwickelten Gesellschaften sein. Trotz der organisatorischen Schwächung des internationalen Terrornetzes, insbesondere

der al-Qaida, wird er die westliche Welt weiterhin in Atem halten. Äussere und innere Sicherheit sind dadurch in gleicher Weise gefährdet und bedingen einander. Entwickelte und international vernetzte Volkswirtschaften – zu denen Russland ebenso zählt – bieten kriminellen Organisationen viele Möglichkeiten zur Einmischung und zur Benutzung des Raumes bzw. der Infrastruktur. Diese Erkenntnis gilt für Russland sowie für alle anderen westlichen Staaten. Heute hat Russland zusammen mit den USA und anderen westlichen Staaten im Terrorismus einen gemeinsamen Gegner. Seit dem 11. September 2001, als die USA Ziel terroristischer Aktivitäten geworden sind, ist im Verhältnis Russlands zum Westen zumindest verbal eine Zäsur auszumachen. Nicht nur sind klare Worte der Solidarität mit den USA gefallen, auch stimmte Putin der Unterstützung im Krieg gegen den Terrorismus sofort zu. Folgende Gründe könnten Ursache für diesen Stimmungswechsel sein.

- Ausmass der Verwundbarkeit. Die Verletzlichkeit der Zivilisation ist nicht mehr nur ein Phänomen der westlichen Kulturen.
- Der US-Kampf stellt einen willkommenen Grund, von den Problemen in Tschetschenien abzulenken, dar.
- Die Einsicht, dass der Kampf gegen den

internationalen Terrorismus wirklich gemeinsam angegangen werden muss.

- Die Gunst der Stunde wird genutzt, um sich im neuen Sicherheitsgeflecht insbesondere bezüglich NATO in eine bessere Position zu manövrieren.

Der letzte Punkt ist als wesentlicher Faktor zu sehen, der die Kooperationsbereitschaft Russlands mit den USA fördert. Als Ausdruck dieser Veränderung wird die Rolle der NATO im Kampf gegen den Terrorismus gesehen. In diesem Punkt besteht nicht zuletzt auch die Hoffnung, dass Russlands Militäraktionen in Tschetschenien ebenfalls unter die Rubrik Terrorismusbekämpfung fallen können. Aus den verbalen Zugeständnissen mehr als zwei Jahre später eine grosse Wende in Russlands Aussenpolitik zu sehen, greift hingegen zu kurz. Moskau will für den neuen Kurs vor allem konkrete, politische und wirtschaftliche Zugeständnisse.

Tschetschenien – immer noch gefährlicher Konfliktherd

Neue Hoffnung nach Präsidentschaftswahlen

Tschetschenien, flächenmässig knapp halb so gross wie die Schweiz, stellt für Russland immer noch eine der grössten innen- und militärpolitischen Herausforderungen dar. Im 19. Jahrhundert war Tschetschenien der blutigste Schauplatz der russischen Expansion. 47 Jahre brauchten die Zaren, um den Widerstand des Bergvolkes zu brechen. Erst 1864, nach Armenien, Georgien und Aserbaidschan, wurde Tschetschenien unterworfen. Während der Sowjetzeit (1922–1991) durchlebte das kleine Land eine wechselvolle Geschichte mit Enteignung und Kollektivierung der Landwirtschaft, Deportationen unter dem Vorwand der Kollaboration mit



Ein aus Afghanistan und Tschetschenien wohl bekanntes Arbeitstier: die Mi-24 «Krokodil». Bild: VVS



In Tschetschenien ist der Erdkämpfer Su-25 von grossem Nutzen, bringt aber keine Präzisionsfähigkeit ein. Bild: VVS

⁵Argumenty i fakty, Nr. 46, 2003, S. 7.



Hitler. Am 1. November 1991 rief der pensionierte Generalmajor Dschochar Dudajew die Unabhängigkeit Tschetscheniens aus, nachdem bereits am 27. November 1990 der Volkskongress einseitig die Souveränität Tschetscheniens und den Austritt aus der UdSSR beschlossen hatte. Moskau erklärte die Wahlen für illegal und nichtig. 1991 beschaffte sich Dudajew rund 50 Kampfpanzer, 80 gepanzerte Fahrzeuge, 200 Geschütze und Minenwerfer, rund 50 000 Handfeuerwaffen sowie 200 verschiedene Flugzeuge und heuerte rund 6000 Mann an. Damit war die Basis für den Krieg gelegt. Ab Ende 1993 versorgte Moskau die lokale pro russische Opposition mit Waffen, Geld und Ausbildern, die den Kampf gegen Dudajew aufnahm. Im Spätherbst 1994 überzeugte Verteidigungsminister Pawel Gratschow Präsident Boris Jelzin, im abtrünnigen Tschetschenien die «verfassungsrechtliche Ordnung» mit dem Einsatz eines Fallschirmregiments innerhalb weniger Stunden wieder herzustellen. Aus der Intervention im Dezember 1994 wurde ein fast zwei Jahre andauerndes militärisches und politisches Debakel. Die Verhandlungen führten 1996 zu einem für Russland demütigenden Waffenstillstand. Das Abkommen von Chasawjurt verpflichtete Moskau zum Truppenabzug. Rund 6000 Soldaten waren gefallen und 50 000 zivile Opfer zu beklagen. Der Waffenstillstand wurde durch die OSZE vermittelt – in den Augen Moskaus eine schmachvolle Angelegenheit. Rebellenführer Aslan Maschadow wurde 1997 zum Präsidenten gewählt. Im Mai 1997 unterzeichnete Jelzin mit ihm einen Friedensvertrag, in dem sich beide Seiten verpflichteten, auf den Einsatz von Gewalt zu verzichten. Allerdings wurden Überfälle und Menschenraub zu einer alltäglichen Erscheinung. Im Sommer 1999 drangen tschetschenische Rebellen ins benachbarte Dagestan vor. In russischen Städten kam es zu Bombenanschlägen, und Putin begann einen neuen

Krieg. Die Rebellen zogen sich grösstenteils ins südliche Gebirge zurück. Im Sommer 2002 erklärte Putin den Krieg für beendet. Zusammen mit loyalen Tschetschenen wurde versucht, eine neue Verwaltung aufzubauen.

Die bisher schwerste Krise in der Präsidentschaft von Putin war die Geiselnahme im Oktober 2002 im Musical Nord Ost in Moskau, als rund 800 Zuschauer und Theaterpersonal zu Geiseln genommen wurden, die durch russische Truppen des Innenministeriums gewaltsam befreit worden sind. Die Geiselnahme unter der Leitung von Mowsar Barajew war das Werk einer radikalen Kampfgruppe von 53 Geiselnehmern mit losen Beziehungen zu al-Qaida. Nach diesem Geiseldrama erreichte die Lage in Tschetschenien ihren tiefsten Punkt seit Ausbruch der neuen Kämpfe 1999. Nach Putins Überzeugung kann nur eine politische Lösung in Tschetschenien dauerhaften Frieden bringen. Der Weg zum Frieden führt seines Erachtens nur über demokratische Institutionen. Am 23. März 2003 wurde eine neue Verfassung angenommen. Putin stellte Tschetschenien eine weit gehende Autonomie und eine Amnestie für reuige Rebellen in Aussicht. Mit der Wahl von Ahmed al-Hadji Kadyrow Anfang Oktober 2003 zum Präsidenten Tschetscheniens endete die vorläufig letzte Etappe im von Moskau gesteuerten Befriedigungsprozess. Kadyr hatte sich gegen Verhandlungen mit bewaffneten Separatisten ausgesprochen und die Überzeugung geäussert, dass die bewaffneten Rebellen mehrheitlich die Waffen niederlegen würden. Der durch die Rebellen asymmetrisch geführte Krieg hatte das Land zu grossen Teilen zerstört und viele Tausend Opfer gebracht. Der zweite tschetschenische Krieg habe als solcher vor rund zwei Jahren geendet, aber heute gibt es dort weder Frieden noch Krieg, wie Gennadij Troschew, ehemaliger Oberkommandierender der Truppen des Militärbezirks Nordkaukasus und heute Berater des russischen Präsidenten, die Lage im Herbst 2003 ausführte.⁶

Konsequenzen aus dem Tschetschenienkrieg

In diesem Konflikt widerspiegeln sich wichtige Problemfelder der aktuellen Lage der Streitkräfte. Exakte Zahlenangaben über Stärke der russischen Truppen, des Gegners, aber auch Informationen über den Verlauf der Operationen sind in dem unübersichtlichen und vielschichtigen Konflikt nur bruchstückhaft vorhanden. Zur Bekämpfung des Gegners wurden ab 1999 rund 80 000 russische Soldaten und 30 000 Mann bewaffnete Polizeitruppen des Innenministeriums eingesetzt. 2003 waren auf der russischen Seite noch rund 80 000 Mann im Einsatz. Nachdem während der heftigsten Kämpfe – zwischen

November 1994 und April 1995 – mehr als 1500 Offiziere und Soldaten fielen, über 4600 verwundet wurden und fast 100 Soldaten und Offiziere in Gefangenschaft gerieten, wurde die Anzahl der russischen Truppen insgesamt und in den einzelnen Operationen erhöht. Auch der Gegner erlitt mit mehr als 7000 Toten grosse Verluste. Seit Beginn des zweiten Krieges im Oktober 1999 wurden über 4700 getötet und mehr als 13 000 Militärangehörige und Polizisten verwundet. Andere Quellen nannten bereits im Mai 2001 6500 Todesopfer auf russischer Seite. Die Rebellen haben über 10 000 Mann verloren. Tschetschenien ist zu 80% zerstört. Auch nach dem Referendum im Frühjahr 2003 mit der «offiziellen Beendigung des Krieges in Tschetschenien» gingen im August 2003 russische Quellen immer noch von mehr als 75 aktiven rebellischen Gruppierungen mit total 1200 bis 1300 Widerstandskämpfern aus.⁷ Andere Zahlen sprechen von 2000, höher liegt aber keine Schätzung.

Der Konflikt in Tschetschenien widerspiegelt auch zu einem gewissen Grad die Schwierigkeiten der Reform des russischen Wehrwesens.

Dazu kommen 300 aus dem Ausland angeworbene Söldner. Diese bilden das Grundpotenzial an Widerstandskräften. Zudem kann man von einer mobilisierbaren Reserve von rund 10 000 Rebellen ausgehen.

Zwischen dem ersten (1994–1996) und dem zweiten Krieg (seit 1999) gibt es bezüglich Taktik, Kriegführung und Resultaten Unterschiede. Lerneffekte haben zweifellos stattgefunden. Sie beziehen sich in erster Linie auf den Mitteleinsatz und die Führungstätigkeit der Kader sowie die Koordination zwischen Truppenkörpern.⁸ Es bleibt aber auch festzustellen, dass die asymmetrische Kriegführung der Rebellen mit dem Ziel des Abnutzungskampfes, der Kampf im Gebirge, der intensivierte Minenkrieg, Koordinations- und Führungsprobleme von Truppenkörpern u.a.m. den russischen Truppen Schwierigkeiten verursachen. Kritisch wird die Truppenführung auf taktischer Ebene beurteilt. Die Positionen der Zugführer sind nur zu 25 bis 30% durch Offiziere besetzt. Als Grund für den Unterbestand gibt Troschew das tiefe Prestige und die mangelnde Bezahlung an.⁹

⁶Argumenty i fakty, Nr. 42, 2003, S. 13.

⁷Auswertungen und Berichte erscheinen laufend in den russischen Militärmedien, vorab in Krasnaja Zwesda.

⁸Vojennaja mysl' Nr. 3–5, 2000, jeweils S. 5 ff. Rubrik Kruglij stol'.

⁹Argumenty i fakty, Nr. 42, 2003, S. 13.

Deshalb würden an diese Positionen Unteroffiziere und Junge mit ungenügender Ausbildung und Erfahrung gesetzt. Aber auch Bataillons- und Kompaniekommandanten verfügen nach russischen Erfahrungen nicht immer über die geforderten Kenntnisse und Erfahrungen. An die Militärakademien und Institute ergeht die Forderung, die entsprechenden Lücken zu schliessen.¹⁰

Zehn Jahre Reformversuche der russischen Streitkräfte

Schwierigkeiten der Reform

Der Konflikt in Tschetschenien widerspiegelt auch zu einem gewissen Grad die Schwierigkeiten der Reform des russischen Wehrwesens. Über Militärreformen wird in Russland seit Jahren debattiert und die Thematik im Westen rege verfolgt.¹¹ Seit der Neubildung der russischen Streitkräfte im Mai 1992 kämpft das Verteidigungssystem mit Qualitätsproblemen. Russland soll mit erheblich kleineren, dafür aber moderneren, gut ausgerüsteten und ausgebildeten und damit schlagkräftigeren Streitkräften ausgestattet werden. Am 2. November 1993 wurden die Grundlagen zur neuen Militärdoktrin verabschiedet. Es fehlte aber an finanziellen Mitteln zur Umsetzung einer Armee reform, und die Verteidigungsminister wechselten einander rasch ab. Erst im Mai 1997 kam die Reform erstmals ins Rollen. Bislang verlief sie vor allem über die Bestandesreduktion und die Strukturvereinfachung. Seit Beginn der Neunzigerjahre sind mehr als eine Million Mann aus den Streitkräften ausgetreten oder entlassen worden, was grosse soziale Probleme geschaffen hat.

Im Folgenden sollen einige Beispiele die Hürden, mit der der Modernisierung der Streitkräfte konfrontiert ist, illustrieren. Vor allem die Unterfinanzierung der Streitkräfte stellt die laufende Reform vor grosse Schwierigkeiten. 2001 liess sich Russland das Militär nur noch halb so viel kosten wie zehn Jahre zuvor. Die Armee ist rundum reformbedürftig. Das zeigt sich auch in der



Su-27 ist die modernste russische Kampfflugzeugplattform und wird kontinuierlich weiterentwickelt. Sie bildet zusammen mit MiG-31 und MiG-29 das Rückgrat der fliegenden Luftverteidigung. Bild: VVS

öffentlichen Wahrnehmung. Gemäss einer Umfrage des «Fonds der öffentlichen Meinung» werten 59% der befragten Bevölkerung die Kampfkraft der Armee heute als tief ein, nur noch 20% sind der Auffassung, dass sie hoch sei.¹² Der Staat ist kaum in der Lage, die Armee mit den notwendigen materiellen, finanziellen sowie mit personellen notwendigen Ressourcen auszustatten. Aber auch tiefe Moral und Disziplin, ungenügende Einsatzbereitschaft, mangelhafte Bewaffnung und Ausrüstung bilden weitere Problemfelder. In den Landstreitkräften werden die Ausbildungsziele nur zu 60 bis 70% erfüllt. Den Luftstreitkräften fehlt der Treibstoff für genügend Trainingsstunden pro Pilot.

Militärdienst ist in Russland bei den jungen Männern nicht sonderlich beliebt. Immer mehr versuchen, sich dem Dienst zu entziehen. Bis zu 30% gelingt dies. Von jenen, die aus gesundheitlichen Gründen gar nicht erst zum Wehrdienst zugelassen werden, haben gemäss Angaben des russischen Verteidigungsministeriums 18% psychische Probleme.¹³ Glück haben jene, die wohlhabende Eltern mit guten Beziehungen haben, sowie Hochscholstudenten, die ihren Dienst an speziellen Militärlehrstühlen leisten können. Selbstmord- und Desertionsrate unter denen, die eingezogen werden, sind hoch. Mit der Einführung eines zivilen Ersatzdienstes, der mit drei bis vier Jahren anderthalb mal so lang wie der

ordentliche Wehrdienst dauert, ist eine zusätzliche Alternative zum Wehrdienst geschaffen worden.

Entschlossener Reformwille unter Putin

Einen Monat vor den Präsidentschaftswahlen, Mitte Februar 2004, demonstrierte Putin mit seiner Teilnahme an Streitkräftemanövern mit strategischen Waffen, wie wichtig er ein militärisch starkes Russland einschätzt. Das Verteidigungsministerium nennt neben der Militärreform drei weitere prioritäre Richtungen. Erstens den Kampf gegen den Terrorismus, zweitens die Umwelt und nukleare Sicherheit und drit-

Seit der Neubildung der russischen Streitkräfte im Mai 1992 kämpft das Verteidigungssystem mit Qualitätsproblemen.

tens die internationale militärische Zusammenarbeit.¹⁴ Sie sind Ausdruck des Reformverständnisses unter Präsident Putin. Bereits vor seiner Wahl zum Präsidenten im März 2000 unterzeichnete er Anfang Januar 2000 ein neues Sicherheitskonzept, das jenes von 1997 ersetzt. Gemäss der Neufassung behält sich Russland den Einsatz von Nuklearwaffen vor, wenn im Falle einer bewaffneten Aggression alle anderen Mittel erschöpft sind oder sich als unwirk-



Die Masse älterer Typen wurden bis Ende der 90er-Jahre ausgemustert und stillgelegt. Bild: Archiv

¹⁰Gennadij Troschew hat seine Erfahrungen in Moja vojna. Cecenskij dnevnik okopnogo generala, Vagrius, Moskva, 2001, festgehalten.

¹¹Zum Thema Militärreform sind in jüngster Zeit diverse Analysen verfasst worden, so unter anderem The General Crisis of Russian Military, Stephen J. Blank, in: The Journal of Slavic Military Studies, Volume 16, June 2003, Number 2, A Frank Cass Journal, England.

¹²Argumenty i fakty, Nr. 46, 2003, S. 9.

¹³Argumenty i fakty, Nr. 50, 2002, S. 8.

¹⁴Vgl. Webpage des Verteidigungsministeriums (www.mil.ru), Januar 2004.

sam erwiesen. Im neuen Dokument rückt die Bedeutung der wirtschaftlichen Situation in den Vordergrund. Putin markiert aber auch sonst militärpolitisch eine neue Epoche. Die Streitkräfte, die Rüstungsindustrie und die Rolle des Staates werden aufgewertet. Ausserdem hat er eine Reihe von Verordnungen zur Steigerung der Wehrfähigkeit erlassen. Dazu gehören die Wiedereinführung des militärischen Unterrichtes an den Schulen und Hochschulen sowie die Einberufung der Hochschulabsolventen in die Armee. Putins Schlüsseldokumente sind:¹⁵

- Konzept nationaler Sicherheit, vom 10. Januar 2000
- Seedoktrin, vom 4. März 2000
- Militärdoktrin, vom 21. April 2000¹⁶
- Aussenpolitisches Konzept, vom 28. Juni 2000
- Grundlagen der staatlichen Politik auf dem Gebiet der Gewährung von Nuklear- und Strahlungssicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahre 2010 und für die weitere Perspektive, vom 4. Dezember 2003
- Grundlagen der staatlichen Politik auf dem Gebiet der Gewährung von chemischer und biologischer Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahre 2010 und für die weitere Perspektive, vom 4. Dezember 2003.

Neue Militärdoktrin

Das wichtigste Dokument ist die Militärdoktrin, die am 21. April 2000 verabschiedet worden ist. Drei Ereignisse dürften 1999 bei der Entstehung dieses Dokumentes eine wesentliche Rolle gespielt haben:



Die Su-27 IB/Su-34 soll als Weiterentwicklung der Su-27 der russischen Luftwaffe Präzision, Reichweite und Nutzlast in der Luft-Boden-Rolle bringen.

Bild: Archiv



Kreative Finanzierungsmodelle sind nicht das exklusive Vorrecht des Westens: Die An-124 der Transportflieger bringen begehrte Devisen über kommerzielle Kontrakte und ermöglichen die kostengünstige Erhaltung militärischer Lufttransportkapazitäten (trotz Aeroflot-Anstrich ist diese An Teil eines Regiments der russischen Luftwaffe).

Bild: Archiv

Die NATO-Osterweiterung, die Entwicklung im Nordkaukasus und die NATO-Intervention im Kosovo. Die Doktrin gliedert sich in einen sicherheitspolitischen, einen militärstrategischen und einen militärökonomischen Teil. Bei der Behandlung der äusseren Bedrohung wird zunächst auf die Gefahr einer direkten militärischen Aggression in traditionellen Formen Bezug genommen. Unter den heutigen Umständen wird eine direkte Aggression gegen Russland als wenig denkbar angesehen. Auf einen Krieg, der sich nichttraditioneller Methoden bedient, muss sich Russland aber vorbereiten. Damit ist wohl die Intervention im Kosovo angesprochen. Der Luftkrieg der NATO gegen Jugoslawien hat für die Militärführung in Moskau das Problem mangelnder äusserer Bedrohung beseitigt. Die Frage, ob und wie reguläre Streitkräfte im Innern Russlands eingesetzt werden sollen, ist durch die Praxis im Kaukasus beantwortet worden. Viel stärker als früher wird der Begriff der Bedrohung nicht nur auf die Möglichkeit eines bewaffneten Angriffs bezogen, sondern auf die generelle Gefährdung nationaler Interessen. Bei der Aufzählung der inneren Gefahren wird vor allem auf den Terrorismus verwiesen. Fünf von sechs aufgezählten Gefahren hängen unmittelbar mit ihm zusammen.

Im Zusammenhang mit dieser neuen Doktrin nehmen die Nuklearwaffen eine wichtige Position ein. Russland hält am Status der Nuklearmacht zwecks Abschreckung einer Aggression gegen sie oder ihre Verbündeten fest. Russland behält sich das Recht auf Einsatz von Nuklearwaffen als Antwort auf die Anwendung von Nuklearwaffen und anderen Arten von Massenvernichtungswaffen gegen sich und seine Verbündeten vor. Ebenfalls bleibt der Einsatz von Nuklearwaffen als Antwort auf eine grossmassstäbliche Aggression mit Einsatz von nur konventionellen Waffen in für die nationale Sicherheit kritischen Situationen vorbehalten. Damit wird also der Einsatz der Kernwaffen nicht nur als Reak-

tion auf einen atomar geführten Angriff, sondern auch als Ersteinsatz für den Fall angedroht, dass der Angreifer chemische oder biologische Massenvernichtungswaffen oder auch nur konventionelle Waffen verwendet. Der letztere Fall benötigt jedoch zwei Voraussetzungen für sein Eintreten: es muss sich um eine grossmassstäbliche Aggression bei gleichzeitigem Entstehen einer kritischen Situation für die nationale Sicherheit Russlands handeln. Ein Einsatz von Nuklearwaffen in lokalen Kriegen ist nicht vorgesehen.

Putin markiert aber auch sonst militärpolitisch eine neue Epoche. Die Streitkräfte, die Rüstungsindustrie und die Rolle des Staates werden aufgewertet.

Russlands Anspruch, eine Grossmacht zu sein, kommt nicht nur im Festhalten am Status einer Nuklearmacht zum Ausdruck. Moskau hat auch den Anspruch, die «verbündeten» GUS-Staaten (GUS = Gemeinschaft unabhängiger Staaten) zu führen. Die Doktrin fordert eine Festigung des Systems der kollektiven Sicherheit im Rahmen der GUS. Russland misst der Entwicklung und Festigung der Beziehungen zu diesen Staaten prioritäre Bedeutung zu.

Der militärisch-strategische Teil macht Aussagen zum Charakter heutiger Kriege. Unterschieden wird zwischen bewaffneten Konflikten und wirklichen Kriegen. Nationen, die gegen die Normen des Völkerrechts und gegen die UNO-Charta verstossen, führen in dieser Beurteilung einen

¹⁵Vgl. Webpage des Sicherheitsrates (www.scf.gov.ru), Januar 2004.

¹⁶Publiziert auch in: Rossijskaja Gazeta, 25.4.2000. Der abweichende Entwurf wurde am 9.10.1999 in Krasnaja Swesda publiziert. Vgl. auch: osteuropa-archiv, Juli 2000, S. A 221 ff. oder Vojennaja mysľ. Nr. 3, 2000, S. 22 ff.



63 Tu-95MS bilden das Rückgrat des fliegenden Standbeins der nuklearen Triade. Sie sind in Ukrainka und Engels stationiert. Bild: VVS

ungerechten Krieg. Ebenfalls unterschieden wird zwischen konventionellen und nuklearen Kriegen. Der Weltkrieg wird zum grossmassstäblichen Krieg. Unterschieden wird auch der regionale und lokale Krieg. Die Doktrin lässt offen, welche der genannten Kriegsarten eine höhere oder geringere Wahrscheinlichkeit besitzen. Heute müssen die Streitkräfte zu defensiven und offensiven Handlungen gleichermaßen in der Lage sein und auch unter Bedingungen des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen einsatzfähig bleiben.

Konsequenzen der Reform

Mit dieser neuen Doktrin und einem präzisierenden Konzept sollen jetzt die Streitkräfte umgestaltet werden. Bis ins Jahr 2005 soll ein ganzes Paket von Massnahmen im Hinblick auf eine Vereinfachung und Optimierung der Strukturen und bessere Ausrüstung der Land-, Luft- und Seestreitkräfte umgesetzt werden. Angesichts der fehlenden Finanzmittel und einer Verschuldung Russlands mit 150 Milliarden US-Dollar (2000) und den fehlenden Mitteln ist es fraglich, wann und wie die Umsetzung erfolgen soll. Die Prioritäten liegen in der Fähigkeit, die strategische Parität sicherzustellen, in der hohen Kampf- und Mobilisierungsbereitschaft, in der strategischen Mobilität, im hohen Grad der Ergänzung mit gut ausgebildetem Personal und in einem hohen technischen Ausrüstungsstand und Sicherstellung von Ressourcen.¹⁷ Den konventionellen Streitkräften wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Priorität eingeräumt. Die Notwendigkeit gut ausgerüsteter konventioneller Streitkräfte für die Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsinteressen hat sich in den beiden Tschetschenienkonflikten gezeigt. Im Hinblick auf eine Optimierung der Streitkräfte hat der Nationale Sicherheitsrat am 9. November 2000¹⁸ folgende Schritte festgelegt:

- Reduktion der Streitkräfte um weitere 350 000 Mann in der Administration und Logistik
- Reduktion der Anzahl grosser Verbände
- Bis 2008 Reduktion der strategischen Sprengköpfe von 6400 auf 1500
- Bildung von zwei Kampfgruppen für Operationen in Zentralasien und im Kaukasus.

In den letzten Jahren sind zwar einige Massnahmen verwirklicht und der Umfang der Streitkräfte weiter verkleinert worden, greifbare Resultate aber der aktuellen Reform sind gemäss Verteidigungsminister Sergej Iwanow frühestens 2004/2005 zu erwarten.¹⁹ Die Diskussion um die Militärreform hat an Schärfe gewonnen. Dabei äussern Verantwortungsträger auch ihre persönliche Meinung. Der Kommandant der Luftlandetruppen, Generaloberst Georgij Schpak, kündigte Anfang Juli 2002 die Bildung einer 200 000 Mann starken, hoch mobilen Profitruppe an. Diese in fünf Jahren zu bildende Truppe ist nach ihm eine Alternative zur heutigen Rekrutenarmee. Diese Truppe müsste so ausgerüstet sein, dass sie jederzeit auf dem ganzen Ge-

biet Russlands im Sinne der regionalen Projektionsfähigkeit militärischer Macht eingesetzt werden kann. Nach seinen Aussagen ist heute Russland nicht mehr in der Lage, an jedem Punkt auf seiner Landkarte für Sicherheit zu sorgen.²⁰ Lediglich die Luftlandetruppen wären heute noch in der Lage, an jedem Punkt Russlands zu kämpfen. Sie sollen auch massgeblich die Basis für diese neue Armee bilden. Bereits in den Neunzigerjahren sind Versuche unternommen worden, eine 200 000 Mann starke mobile Streitkraft strategischer Bedeutung zu bilden. Im Gegensatz zur sowjetischen Zeit, als alle Aussagen in den Massenmedien der offiziellen Parteiideologie folgen mussten, wird heute über Inhalt und Zielrichtung der Militärreform offen diskutiert. Nach Aussagen von Generalstabschef Armeegeneral Anatolij Kwaschnin sind in den letzten Jahren durch die schleppende Militärreform «Disproportionalitäten» in den Streitkräften entstanden.²¹ Die Truppengattungen haben sich zwar einzeln verändert und modernisiert, doch die operativ-strategischen Gruppierungen, die im Konflikt letztlich entscheidend sind, sind zu wenig entwickelt worden. Kwaschnin plädiert für ein neues System der Streitkräfteplanung- und Entwicklung mit einer Prozessoptimierung. Die Notwendigkeit für diese Prozessoptimierung resultiert aus den personellen und materiellen Unterbeständen, wie sie in den folgenden Beispielen illustriert werden. Die Landstreitkräfte sind zu etwa 80% mit der notwendigen Technologie und Bewaffnung ausgerüstet. Der Offiziersbestand ist zu 85% gewährleistet. Der Anteil des modernen Geräts beträgt aber gemäss eigener Schätzung nur

¹⁷Vgl. Webpage des Verteidigungsministeriums (www.mil.ru), Januar 2004.

¹⁸Vgl. www.scf.gov.ru. Auf dem Internet ist eine Liste der seit Januar 2000 durch den Sicherheitsrat erörterten Fragen abrufbar, Januar 2004.

¹⁹Krasnaja Swesda, Nr. 57, 30.3.2002.

²⁰Itogi, 2. Juli 2002, S. 20.

²¹Vojennaja Mysl', Nr. 6, 2001.

Die Flotte der Tu-160, Gegenstück zur B-1B, konnte mittels Zukauf von 1990 in der Ukraine verbliebenen 8 Maschinen auf 14 Stück stabilisiert werden. Die Maschinen sind in Engels stationiert. Bild: VVS





Die strategischen Raketentruppen verfügen hauptsächlich über SS-18 ICBMs, diese werden durch jährlich zirka sechs neue SS-27 Topol-M langsam ersetzt (Bild: SS-25 Topol).
Bild: US DoD

rund 25%.²² Der Artillerie und den Raketentruppen fehlen auf Stufe Zug und Batterie ein Drittel Offiziere. Der Zustand der Bewaffnung und des Materials wird hier von den verantwortlichen Stellen ebenfalls als den heutigen Anforderungen unzureichend eingeschätzt.²³ Die Liste der Kritik und Verbesserungspotenziale ist lang.

Modernisierung der Streitkräfte als Stossrichtung der Reform

Aktuelle Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zeigen, dass Russland mit der technologischen Entwicklung mithalten will. Zwar ist ein Grossteil der finanziellen Mittel 2003 in die Modernisierung bzw. Werterhaltung und in den Unterhalt investiert worden, weniger in bedeutsame Neuerwerbungen. Ebenso hat sich jüngst die Luftwaffe mehr auf die Modernisierung und Werterhaltung als auf die Beschaffung neuer Mittel konzentriert. Im Februar 2003²⁴ hingegen lancierte der Sicherheitsrat von Russland eine neue Militär- und Technologiepolitik mit dem Ziel, bis 2010 neue Generationen von Waffensystemen zu entwickeln. Die grössten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben konzentrierten sich jüngst auf die Entwicklung eines neuen Kampfflugzeuges der fünften Generation. Die Führung in diesem Projekt hat Suchoi. Erstflug soll zirka 2010 sein, die Serienreife soll 2014 erreicht werden. Andere Ziele sind die Entwicklung eines neuen Kampfpanzers, eines neuen mittleren Transportflugzeuges in Zusammenarbeit mit Indien, neue Helikoptertypen und einer neuen Generation von strategischen Raketen tragenden U-Booten. Prioritär soll auch die Modernisierung und Entwicklung der Landstreitkräfte behandelt werden. Die Landstreitkräfte sollen nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen im Tschetschenienkrieg moderne Kommunikationsmittel und bessere Infanteriewaffen erhalten.

Ehrgeiz zeigen die russischen Streitkräfte in ihren Raketenplänen. Ende der Achtzigerjahre hatte die damalige Sowjetunion begonnen, eine neue Interkontinentalrakete zu entwickeln. Die ersten zehn Topol-M (NATO-Bezeichnung SS-27) sind Ende

1998 in Dienst gestellt worden, nachdem das Programm während der Neunzigerjahre verkleinert worden ist und ursprünglich eine viel grössere Zahl geplant gewesen war. Alle beschafften Raketen sind stationär in Silos basiert. Am 23. Dezember 2003 ist ein weiteres Regiment moderner Interkontinentalraketen in den Dienst gestellt worden. Zu den bisher 22 stationierten sind sechs neue dazugekommen. Geplant ist, eine mobile Version zu entwickeln, die von einem Geländefahrzeug abgefeuert werden kann. Russland arbeitete seit Jahrzehnten an Raketenabwehrsystemen. Für eine zielgerichtete Weiterentwicklung fehlten allerdings die finanziellen Mittel. Putin kündigte im Februar 2004 am Rande von militärischen Manövern neue Waffensysteme für die strategischen Raketentruppen an.

Seit Beginn der Neunzigerjahre hat die russische Flotte aus finanziellen Gründen kontinuierlich Überwasserschiffe und U-Boote ausser Dienst gestellt. Mit der Katastrophe der Kursk im August 2000 wurde der Tiefpunkt erreicht. Ausserdem sind Ausbildung, Training und die operationellen Fähigkeiten der übrig gebliebenen Marinekampfeinheiten massiv eingeschränkt worden. Heute gibt es Anzeichen, dass Putin auch bei der Marine energische Reformschritte durchsetzt. Der Kern der Seedoktrin besteht darin, Fähigkeiten zu erhalten bzw. aufzubauen, damit

Die Admiral Kusnetsow wurde für das Anfang Jahr durchgeführte Manöver «Sicherheit-2004» reaktiviert. Sie könnte dereinst der Kern einer beschränkten Fähigkeit zur maritimen Machtprojektion werden.

Bild: US DoD



- Russland der Zugang zu den Weltmeeren erhalten bleibt,
- diskriminierenden Aktionen wie z.B. Blockaden wirksam begegnet werden kann,
- in wichtigen Regionen entsprechende militärische Präsenz gezeigt werden kann.

Putin hat in den vergangenen vier Jahren seinen Willen demonstriert, die Militärbürokratie zu verkleinern, den Niedergang des Waffenarsenals zu stoppen, mittelfristig bestehende Waffen zu Kampfwert zu steigern und längerfristig zu versuchen, eine neue Generation an Waffen zu entwickeln. Neu dazu kommen Bestrebungen, den Kern der russischen Armee bis 2008 in eine Berufsarmee umzuwandeln, ein Unterfangen, das zwar nicht neu ist, in den vergangenen Jahren aber mangels politischer Unterstützung und Umsetzung immer wieder Rückschläge erleiden musste. In einzelnen Einheiten wird der Übergang zur Berufsarmee vollzogen und via Arbeitsverträge Berufsmilitär angeheuert. Die Hälfte der Soldaten und Unteroffiziere soll bis in vier Jahren auf der Basis von Arbeitsverträgen für die Dienstleistung verpflichtet werden, wie Putin anlässlich seiner Vorkampagne zur Wiederwahl als Präsident äusserte.²⁵ Ziel ist mit einer Modernisierung der Streitkräfte eine Verbesserung des moralischen Zustandes der Wehrdienstleistenden und des Klimas in den Truppenkörpern.

Rüstungsindustrie will neue Bedeutung erlangen

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schrumpfte der so genannte militärisch industrielle Komplex zwischen 1990 und 2000 auf etwa einen Fünftel der Beschäftigten (rund 2 Millionen Beschäf-

²² Vojennaja Mysl, Nr. 5, 2001.

²³ Vojennaja Mysl, Nr. 3, 2002.

²⁴ Vgl. www.scrf.gov.ru, Januar 2004.

²⁵ Argumenty i fakty, Nr. 52, 2003, S. 4.

tigte). Bedeutung und Produktionsvolumen sind stark zurückgegangen.²⁶ Konversionsprogramme mit dem Ziel der Nutzbarmachung des Potenzials für zivile Zwecke sind von wenigen Ausnahmen abgesehen gescheitert. Sie waren vor allem politisch motiviert und nahmen keine Rücksicht auf industrielle Realitäten. Es fehlte an Mitteln, den militärisch industriellen Komplex tief greifend zu reformieren. Mit der Bildung von Rosoboronexport sind im Interesse der Staatssicherheit Rüstungsexporte zentralisiert und dem Präsidenten unterstellt worden. Der seit Ende Neunzigerjahre zu beobachtende Trend lässt auf eine Ausweitung der Waffenexporte Russlands schliessen. Russland hat sich wieder zu einem der grössten Waffenproduzenten und Exporteur der Welt entwickelt und liefert in rund 50 Länder Waffen. Dabei handelt es sich um ein mittleres Technologieniveau. Etwa 1600 Betriebe bilden den Kern der Rüstungsindustrie, rund 1000 Firmen kommen als Zulieferer dazu. Zu wichtigen Abnehmern russischer Waffen zählen China und Indien. China kaufte Kampfflugzeuge, Flugabwehrraketensysteme, Kampfpanzer und U-Boote. Indien kaufte Komponenten für Kriegsschiffe, aber auch Kampfflugzeuge wie MiG-29, Su-27 und MiG-29 der flugzeugträgerfähigen Version. Eine Reihe von Drittweltstaaten und Schwellenländern hat in Russland Waffen bezogen. Geringer Erfolg war Expansionsgelüsten nach Westeuropa beschieden. Hier konnten kaum im grossen Stile russische Waffen abgesetzt werden. Als Exportschlager erweist sich heute das Kampfflugzeug Suchoi Su-27 und seine mehrrollenfähigen Derivative Su-30. Ebenfalls bewährt im Export haben sich die U-Boote der Kilo-Klasse, von denen z. B. China mehrere Exemplare gekauft hat.

Russland und die neuen aussenpolitischen Herausforderungen

Die russische Aussenpolitik orientiert sich seit Mitte der Neunzigerjahre gegenüber dem Westen am klassischen Prinzip des Mächtegleichgewichts. Bedeutsam für das Verständnis der russischen Aussenpolitik ist die Konzeption der multipolaren Welt.²⁷ Diese Idee stammt massgeblich vom ehemaligen Aussenminister und Ministerpräsidenten Jewgenij Primakow und sieht die Welt als multipolar mit mehreren gleichberechtigten Grossmächten. Dazu gehören neben den USA auch China, Indien, Japan, andere und natürlich Russland. Diese idealistische Wertung der internationalen Beziehungen soll Moskau zu mehr geopolitischem Einfluss verhelfen. Langsam akzeptiert Putin die dominante Rolle der USA und damit die Realität in der Weltpolitik.

S-37/Su-47 Berkut-Versuchsträger für neue Technologien, die in einem neuen Kampfflugzeug der 5. Generation Einzug finden sollen. Bild: Archiv



In allen wesentlichen geopolitischen Fragen seit 1999 haben die USA ihre Interessen durchgesetzt, das ist 1999 in Jugoslawien und Kosovo, 2001 in Afghanistan oder 2003 im Irak der Fall gewesen. Russland hat gleichzeitig an Einfluss verloren. In den letzten Jahren und Monaten hat Russland vor allem in seinen Nachbarregionen

Langsam akzeptiert Putin die dominante Rolle der USA und damit die Realität in der Weltpolitik.

aussenpolitisches Terrain und diplomatische Positionen preisgegeben, die nicht so schnell wieder zurückerobert werden können. Eine zentrale aussenpolitische Herausforderung ist die Abwendung einer drohenden Isolation. In den Neunzigerjahren hat sich die geostrategische Lage vieler Nachbarstaaten Russlands tief greifend verändert.

Die baltische Region

Die baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland, aber auch die kaukasischen Staaten Aserbaidschan, Georgien und Armenien haben sich rasch von Moskau emanzipiert und neue Partner im Westen gefunden. Lettland, Litauen und Estland sind ab dem 1. Mai 2004 Mitglieder der Europäischen Union. Russland hat seinen Einfluss in den baltischen Staaten damit zu einem guten Stück verloren. Zurück bleiben ungelöste Probleme im Zusammenhang mit mehreren zehntausend russischen Rentnern und ihren Familien. Russen und Balten leben in getrennten Welten und sind wirtschaftlich unterschiedlich gestellt. Fast die Hälfte der russischen Bevölkerung ist arbeitslos. Bislang haben sich auch nur wenige Russen um die Staatsbürgerschaft in den baltischen Staaten bemüht. Lettland hat mittlerweile akzeptiert, dass die Pensionäre mit ihren Familien im Land bleiben dürfen. Estland ist einem solchen Unterfangen gegenüber viel kritischer eingestellt.

Der Kampf Moskaus um Einfluss im Kaukasus und Zentralasien

Der Kaukasus, insbesondere der Südkaukasus, ist für Russland von strategischer

Bedeutung. Die Region ist instabil und hat in den vergangenen zehn Jahren diverse Unruhen erlebt. Es gibt Konfliktpotenzial im Innern Russlands, z. B. dasjenige in Tschetschenien. Es gibt aber ebenso viel Konfliktpotenzial mit den Nachbarstaaten. Durch die Instabilität an seiner südlichen Peripherie, gekoppelt mit dem wachsenden Interesse von Drittländern, vor allem der USA, fühlt sich Russland in seinen wirtschaftlichen und sicherheits- und aussenpolitischen Interessen bedroht. Moskau war bisher der unangefochtene Hegemon in dieser Region und fordert jetzt eine multipolare Machtkonstellation, vor allem um den Einfluss der USA zurückzubinden, der signifikant zugenommen hat. Aserbaidschan und Georgien haben in den letzten Jahren eine starke Anlehnung an die USA gesucht. Nach dem Sturz des georgischen Präsidenten Schewardnadse und der Wahl des ehemaligen Oppositionsführers Saakaschwili Anfang 2004 wird die westwärts gerichtete Politik an Intensität gewinnen. Russland wirft Georgien vor, tschetschenische Rebellen zu unterstützen, gewährt aber gleichzeitig in Südossetien und Abchasien lokalen Gruppierungen Unterstützung, die sich gegen die Zentralmacht in Georgien zur Wehr setzen.

Das Kaspische Meer ist das Zentrum grosser, noch weitgehend unerschlossener Energievorkommen der Welt, weshalb es stark ins Interessenfeld der USA und anderer Staaten wie der Türkei und Irans gerückt ist. Amerikanische Ölfirmen sind an der Ausbeutung der Öl- und Gaslagerstätten interessiert und haben Milliarden in die Erdölvorkommen investiert. Im November 1999 wurden mehrere Verträge über den Bau einer Ölpipeline von Baku in Aserbaidschan bis zum türkischen Mittelmeershafen Ceyhan sowie über das Projekt einer transkaspischen Gaspipeline von Turkmenistan in die Türkei abgeschlossen. Politische, finanzielle, wirtschaftliche und geostrategische Interessen der USA und des Westens werden in dieser Region durch

²⁶The Military Survey, 2003/2004, S. 270, IISS, London, 2003.

²⁷Vgl. Dokumente auf der Webpage des Aussenministeriums (www.mid.ru), Januar 2004 oder auch Sergej Iwanow, Neue Prioritäten russischer Aussenpolitik, in: Internationale Politik, Nr. 8, 2000, S. 65–70.

diese Verträge wirksam. Zu Zeiten der UdSSR wurde der gesamte Transport des Öls von den Feldern am Kaspischen Meer von Moskau kontrolliert. Die Länder der kaspischen Region und des angrenzenden Zentralasiens sind ehemalige Sowjetrepubliken. Ein Verbleiben dieser Staaten in der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten GUS will Moskau sicherstellen. In der Militärdoktrin Russlands von 1993 liegen diese Staaten als «nahes Ausland» im unmittelbaren Interessenraum Moskaus. Nach wie vor befinden sich zirka 100 000 Mann russische Truppen in der Region und bilden ein militärisches Gegengewicht zur Türkei und damit zur NATO. Moskau will sich den direkten Zugriff auf die Energievorkommen offen halten. Auf der anderen Seite verbinden die USA grosse Hoffnungen mit ihrer Militärpräsenz in den GUS-Staaten. Diese Präsenz soll in eine ständige umgewandelt werden. In Georgien und Aserbaidschan soll ein Schwergewicht gebildet werden. Miteinbezogen in diesen Partnerschaftsprozess mit den USA sollen Kirgistan, Kasachstan, und Tadschikistan.

Verstärkter Druck durch die USA und die NATO

Die USA hat in den letzten fünf Jahren in allen wichtigen aussenpolitischen und geostrategischen Krisen im ehemaligen Interessenraum Russlands Position bezogen, so zuerst durch die Intervention im Kosovo im Frühjahr 1999. Der Luftkrieg der

NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien und die bei dieser Gelegenheit demonstrierte technologische Überlegenheit hat russische Befürchtungen bekräftigt, dass Russlands internationaler Status als Grossmacht missachtet bzw. ausserhalb des atomaren Bereichs negiert und es in die Isolation gedrängt werden könnte. Mitte Februar 2000 wurde die einjährige Eiszeit zwischen der NATO und Moskau gegenseitig beendet, die infolge der NATO-Luftoperation gegen Jugoslawien im Früh-

Die USA hat in den letzten fünf Jahren in allen wichtigen aussenpolitischen und geostrategischen Krisen im ehemaligen Interessenraum Russlands Position bezogen.

jahr 1999 ausgebrochen war. Moskau fühlte sich nicht nur hintergangen und vor ein *Fait accompli* gestellt, sondern in der Annahme bestätigt, dass der Westen Russland nicht als gleichberechtigten Partner in der internationalen Arena anerkennt und seine Interessen und Wünsche angemessen berücksichtigt. Die Tatsache, dass die NATO ohne ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates handelte, oder der Umstand, dass die NATO in einer Region militärisch aktiv wurde, welche Russland zur historisch gewachsenen Einflussphäre zählt, hat einflussreiche politische Kreise in Moskau empört. Der Kreml musste diese Machtdemonstration der Amerikaner als deutlichen Hinweis zur Kenntnis nehmen, dass sich die Kräfteverhältnisse geändert haben und Washington auch im traditionellen Interessenraum Russlands nicht mehr gewillt ist, Rücksichten zu nehmen. Diese Tatsache wiederholte sich nach den terroristischen Anschlägen auf die USA im September 2001. Die US-Operation Enduring Freedom in Afghanistan im Oktober 2001 nach dem Zusammenbruch des Taliban-Regimes ist zwar von Putin vordergründig positiv aufgenommen worden, hat dafür aber in militärischen und politischen Kreisen in Russland Kritik geerntet. Eine bittere Niederlage hat Putin mit der Kündigung des ABM-Vertrages am 13. Dezember 2001 eingefahren. Das Abrüstungsabkommen stand den amerikanischen Plänen zum Bau eines Raketenabwehrsystems im Weg. Russland hat den ABM-Vertrag immer als wichtiges und zentrales Element der internationalen Stabilität und Sicherheit angesehen. Putin bezeichnete den Vertrag als «Eckstein internationaler Sicherheit» und wies auf die Notwendigkeit hin, die Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus zu bündeln und sich nicht in nationalen Alleingängen zu verzetteln. Das En-

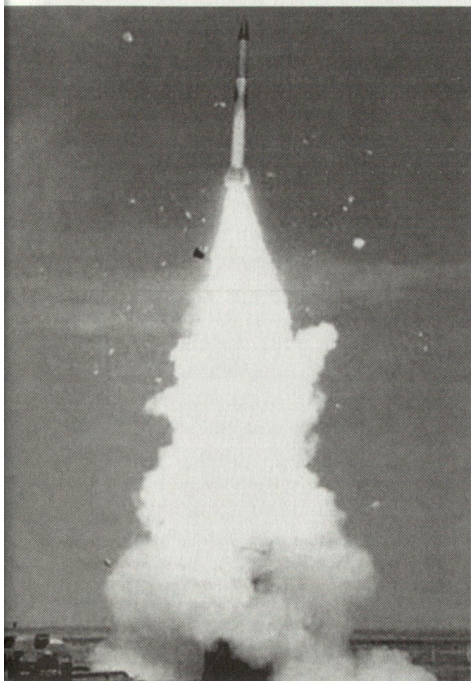
Links

- www.gov.ru Offizielles Portal von Russland
- www.mid.ru Aussenministerium
- www.mil.ru Verteidigungsministerium
- www.mvdinform.ru Innenministerium
- www.scf.gov.ru Sicherheitsrat der Russischen Föderation
- www.duma.ru Duma – grosse Parlamentskammer

gagement der USA im Irak beurteilte Moskau argwöhnisch und teilte die Haltung der Amerikaner im UNO-Sicherheitsrat nicht.²⁸ Wie bekannt, haben die USA im März 2003 trotzdem die Initiative ergriffen und mit einer Koalition Saddam Hussein gestürzt.

Das Tauziehen um die NATO-Osterweiterung

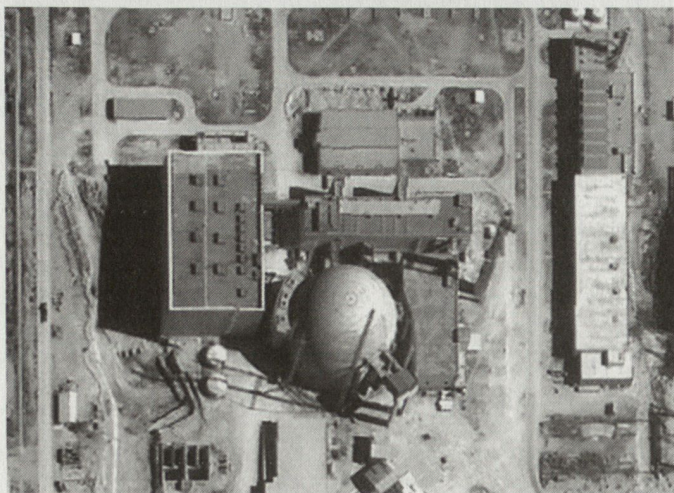
In den Neunzigerjahren wandte sich Russland unermüdlich gegen die NATO und ihre Erweiterung nach Osten, konnte aber die Beitritte 1999 von Ungarn, Tschechien und Polen und damit die Erweiterung der NATO auf 19 Staaten nicht verhindern. Heute steht Russland vor einer erneuten Erweiterungsrunde des nordatlantischen Bündnisses um das Baltikum und weitere Staaten.²⁹ Die NATO selbst hat versucht, Russland in diesen veränderten Prozess einzubeziehen und am 7. Dezember 2001 beschlossen, zum 1997 eingerichteten NATO-Russland-Rat (19+1) ein neues Gremium zu schaffen, in dem Russland politisch gleichberechtigt sein soll. Dieser Entscheid ist vor dem Hintergrund der neuen Erweiterungsrunde zu verstehen, stehen doch sieben Kandidaten (Slowakei, Slowenien, Rumänien, Bulgarien und die drei baltischen Staaten) zur Diskussion. Mehr Sicherheit schafft die Osterweiterung nur dann, wenn gleichzeitig die Beziehungen zwischen der NATO und Russland auf eine neue Grundlage gestellt werden. Doch Russland steht der NATO-Osterweiterung weiterhin kritisch gegenüber, trotz Unterzeichnung des Abkommens über die Zusammenarbeit bei Terrorismusbekämpfung, Rüstungskontrolle und Katastrophenschutz in Rom am 28. Mai 2002 und trotz Lob der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Russland und der NATO im Mai 2003 auf dem Treffen der Zwanzig. Mit den baltischen Staaten stösst die NATO mitgliedermässig erstmals auf das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion vor. Die baltischen Staaten – sie verfügen über kleine, spezialisierte und hoch mobile Eingreiftruppen – haben sich Anfang Februar mit der Bitte um aktive Sicherung ihres Luftraumes an die NATO gewandt. Der AWACS-Überwachungsflug, der im Rahmen des Programmes Partnerschaft für den Frieden erfolgte, löste in Moskau unter den Militärs Irritationen aus. Luftaufklärung bis tief ins nordwestliche



Die SA-20 (S-300PMU1) verfügt über eine Reichweite von zirka 150 km, sie wurde neben den GUS nach Griechenland, Vietnam und China geliefert. Bisher kam sie nicht zum Einsatz gegen westliche Luftstreitkräfte. Bild: Archiv

²⁸ Strategic Survey 2002/2003, S. 103, IISS, London 2003.

²⁹ Vgl. dazu: Dmitrij Polikanov, Russland und die Nato: Perspektiven der Kooperation. Ein russischer Standpunkt, in ÖMZ 2, 2002, Seite 186 ff.



Russland hat gute Beziehungen zu Iran aufgebaut, zur Beunruhigung des Westens (von Russland gelieferter Atomreaktor in Bushar).

Bild: Archiv

Russland wird möglich. Moskau hat kein Interesse an einer Aufrüstung des Baltikums durch die NATO. Vor dem Hintergrund der Verlegung amerikanischer Truppenkontingente nach Polen und ins Baltikum hat der Argwohn seine Berechtigung. Neue Militärbasen in Bulgarien und Rumänien sollen geprüft werden, was eine Verletzung der NATO-Russland-Grundakte darstellen würde, welche die zusätzlichen und ständigen Verlegungen von Streitkräften auf das Territorium der neuen Mitglieder der Allianz verbietet.

Kurskorrektur in der Aussenpolitik

Vor dem Hintergrund dieser geostrategischen Veränderungen hat Russland eine signifikante Kurskorrektur in der Aussenpolitik vorgenommen.³⁰ Putin zielt darauf ab, Russland zu einer neuen Rolle in der Weltpolitik zu verhelfen. Jene Position, die in den letzten Jahren preisgegeben worden ist und noch weiter verloren zu gehen droht. Dem multipolaren Ansatz wird in der Praxis dadurch Bedeutung gegeben, dass Russland unter Putin stärker als unter Jelzin bilaterale Beziehungen zu Regionalmächten ausgebaut hat. Die europäische Orientierung Russlands zeigt sich an der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Europäischen Union (EU). Die EU ist einer der wichtigsten Handelspartner Russlands und eine wichtige Investitionsquelle für die russische Wirtschaft. Im Osten werden die Beziehungen zu China ausgebaut. China verfolgt primär drei Interessen: eine Steigerung des Handels, mehr Sicherheit an den westlichen Grenzen des Landes und die Sicherstellung mit Energieversorgung aus Russland. Moskau will seinen Einfluss auch an der südlichen Grenze sichern. Mit Iran werden engere Beziehungen geknüpft. Multilateral wird das Schwergewicht der Politik in der UNO im Sicherheitsrat und im Zusammenwirken der UNO mit regionalen Organisationen wie z. B. der OSZE gesehen, die bestimmt

sind, Sicherheit für einzelne Regionen zu gewährleisten. «Die Hoffnungen darauf, dass die bipolare Konfrontation automatisch von der Partnerschaft im Interesse der internationalen Stabilität abgelöst wird, haben sich nicht bestätigt. Ebenfalls hat der Faktor Macht seine Bedeutung nicht verloren, sondern nur die Ausrichtung geändert. Die militärisch-politische Rivalität der Regionalmächte bleibt bestehen».³¹

Schlussfolgerungen

Durch die Kurskorrektur in seiner Aussen- und Sicherheitspolitik sieht sich der Krenl wieder als atomare Grossmacht. Dies kommt in den entsprechenden Dokumenten zum Ausdruck. Russland stellt auch den Anspruch, als Grossmacht wahrgenommen zu werden. Dabei setzt Putin auf traditionelle Werte wie die Bedeutung der Nuklearkraft oder der russischen Rüstung durch die Förderung der Rüstungsexporte. Den Nuklearstreitkräften wird eine höhere Bedeutung eingeräumt, als dies zu Zeiten Boris Jelzins der Fall war. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu verstehen, dass die

Russland stellt auch den Anspruch, als Grossmacht wahrgenommen zu werden.

russischen Streitkräfte gegenwärtig und in absehbarer Zukunft nicht mit konventionellen Mitteln reagieren können und die nuklearen Waffen sowohl als Mittel der Kriegführung und vor allem auch zum Zweck der Abschreckung dienen sollen. Putin und seine Mannschaft sind zur Einsicht gelangt, dass auch nach dem Ende des Kalten Krieges die Rolle der Streitkräfte keineswegs unbedeutend geworden ist. Vertrauen und Pragmatismus der Führung orientieren sich an Russlands langfristigen wirtschaftspolitischen Interessen, weshalb zum Beispiel anlässlich der Kündigung des ABM-Vertrages oder gegenüber anderen durch die USA geschaffenen *Fait accomplis* nur leiser Protest erhoben wurde. Russland spielt andererseits auf eine strategi-

sche Partnerschaft mit dem Westen und sieht die USA auch als Partner. Gleichzeitig sucht Putin mehr Einfluss in den GUS-Staaten. Mit seiner propagandistischen Bemerkung, er schliesse langfristig sogar eine Mitgliedschaft Russlands in der NATO nicht aus, hat Putin zwar die strategische Richtung angegeben, wird aber auf diesem Weg noch viel innenpolitischen Widerstand überwinden müssen. Einige Anzeichen deuten also darauf hin, dass die Integration Russlands in die westliche Werte- und Interessengemeinschaft fortschreitet. Aber auch gegenläufige Tendenzen werden sichtbar. Die russische Diplomatie hat in den letzten Jahren an Einfluss verloren. Bedeutende sicherheits- und militärpolitische Positionen im unmittelbaren Interessenraum sind gefährdet. Die USA haben dafür ihren Einfluss ausgedehnt und werden ihn weiter auszudehnen versuchen. Die weitere NATO-Osterweiterungsrunde provoziert Widerstand, auch wenn Putin nach aussen halbherzig die Entwicklung akzeptiert hat. In den nächsten Jahren wird vor allem an der Schnittstelle zwischen Russland, dem kaukasischen und zentralasiatischen Raum Potenzial für politische und militärische Konflikte vorhanden sein. Zu viele Entwicklungen laufen hier den geostrategischen Interessen Russlands zuwider.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der russische Präsident Wladimir Putin militär-strategisch drei Richtungen verfolgt. Erstens will er die Nuklearstreitkräfte in der Form der nuklearen Triade (boden-, wasser- und luftgestützt) erhalten und durch sie den Anspruch Russlands als militärische Grossmacht aufrechterhalten. Zweitens zielen die Militärreformen auf kleinere, dafür hochmobile und schlagkräftige Streitkräfte ab, die regional als wirksames Instrument gegen Terrorismus und in bewaffneten Konflikten zum Einsatz kommen. Drittens will Putin die Streitkräfte modernisieren, technisch weiterentwickeln und damit der russischen Rüstungsindustrie zum Aufschwung verhelfen, was angesichts der knappen finanziellen Mittel aber ein langwieriges und sehr anspruchsvolles Unterfangen sein wird. Insbesondere die Pläne, der Marine zu mehr Schlagkraft und dadurch Russland zu mehr Machtprojektion auf den Weltmeeren zu verhelfen, dürfte vorderhand Wunschdenken sein.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für uns? Die russischen Streitkräfte stellen heute keine Bedrohung für Westeuropa und die Schweiz dar. Auch von anderen Streitkräften der Region müssen wir derzeit nichts befürchten. Dies heisst aber nicht, dass wir künftig unsere Schlagkraft reduzieren müssen. Eine glaubwürdige Schweizer Armee wird auch langfristig die Verteidigungsfähigkeit erhalten müssen und darf sich nicht auf die Existenzsicherung und Friedensförderung zurückziehen. ●

³⁰ Vgl. Sergej Iwanow, Neue Prioritäten russischer Aussenpolitik, in: Internationale Politik, Nr. 8, 2000, S. 65–70.

³¹ Sergej Iwanow, Neue Prioritäten russischer Aussenpolitik, in: Internationale Politik, Nr. 8, 2000, S. 65.